

TOP 6
Bericht des
CDU-Landesvorsitzenden
und Ministerpräsidenten
Peter Harry Carstensen

zur

Landesvertreterversammlung
der CDU Schleswig-Holstein,
28. Februar 2009,
“Casino der Stadtwerke“, Kiel

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Parteiliebe,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben eben erlebt, wie unsere Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzende den Weg vorgezeichnet hat, den wir in der Wirtschafts- und Finanzkrise zu gehen haben. Sie hat das getan – so wie wir sie kennen und schätzen, so wie die Menschen im Land sie kennen und schätzen: Entschlossen, engagiert und zielstrebig.

Deshalb ist sie mit Abstand die beliebteste Politikerin in Deutschland. Sie weiß, was Führung in Verantwortung bedeutet. Sie hat uns demonstriert, was für uns alle gilt: Es sind nicht die lauten Töne, die unser Gehör finden sollten. Es sind nicht die wohlfeil klingenden Töne, die unser Gehör finden sollten. Und es sind auch nicht die Töne, die Angst machen. Nein. Der Schlüssel zum Erfolg in schweren Zeiten ist Vertrauen. Nur wer glaubwürdig und aufrecht zu den Bürgern spricht, ihnen zuhört und ihnen in die Augen blickt, sie ernst nimmt, dem schenken die Menschen ihr Vertrauen. Das kann nun wirklich nicht jeder Spitzenkandidat von sich behaupten!

Da, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Das wissen wir.

Für die anstehende Bundestagswahl haben wir nicht nur die besseren Konzepte, wir haben auch das bessere Personal! Wir haben Kandidaten, die nahe bei den Menschen sind und Schleswig-Holstein, den Interessen unseres Landes, in Berlin eine Stimme geben wollen.

Sie alle – jeder, der für einen Wahlkreis und für die CDU kandidiert – sind gestandene Persönlichkeiten, auf deren Erfahrung und Einsatzwillen wir zählen können. Sie sind zusammen ein starkes Team von Frauen und Männern, die etwas zu sagen haben.

Und dass Frauen führen können, das beweist Angela Merkel Tag für Tag. Genauso wie Angelika Volquartz – unsere Oberbürgermeisterin für Kiel!

Angelika, ich weiß, was dir Kiel bedeutet und wie sehr dir diese Stadt am Herzen liegt. Du kannst dir sicher sein, die CDU steht geschlossen hinter dir. Du bist und bleibst die richtige Wahl für Kiel.

Meine Damen und Herren, wir haben harte Monate hinter uns. Die Finanzmarktkrise hält die Welt in Atem. Für uns ist diese Krise nicht hausgemacht. Aber wir haben mit ihr umzugehen!

Verhandlungen in Kiel, Hamburg und Berlin stehen auf der Tagesordnung – nahezu jeden Tag. Ich bin sehr viel unterwegs gewesen in den vergangenen Wochen, um für Schleswig-Holstein Schlimmeres abzuwenden und uns in die Lage zu versetzen, die Krise als Chance zu nutzen.

Wir können das besser als andere: Als Vertreter der sozialen Marktwirtschaft haben wir einen klaren Ordnungsrahmen: nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in sozialen Zusammenhängen.

Deshalb hängen wir in der Krise auch nicht marktliberalen Weltbildern nach, die für Profitmaximierung ohne Rücksichte auf Verluste stehen. Für uns zählt die menschliche Dimension.

Wir sehen auch nicht den Staat als besseren Unternehmer. Zentrale Steuerung, Überwachung und Bürokratie ohne Ende im Namen der Steuerzahler – auch das ist nicht unsere Vorstellung von einem funktionierenden Gemeinwesen. Das unterscheidet uns von unseren parteilichen Mitbewerbern: Wir sind eine Partei, die Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit zusammenbringt. Das macht die CDU zur Partei der Mitte!

Andere haben ihre Dogmen. Das zieht sie nach rechts oder links. Wir aber haben Grundwerte, die uns als verlässlicher Kompass dienen. Wir kennen die Richtung. Und das hilft uns auch in schwierigen Lagen!

In einer solch schwierigen Lage sind wir nun. Wir sind mit außergewöhnlichen Herausforderungen konfrontiert. Und außergewöhnliche Herausforderungen verlangen außergewöhnliche Maßnahmen.

Ich gebe zu: Wir treffen Maßnahmen in bislang ungeahnter Größenordnung. Der Staat muss den Banken unter die Arme greifen. Wir stabilisieren Stützpfeiler von Wohlstand und Beschäftigung. Dazu gibt es keine Alternative!

Die schleswig-holsteinische Landesregierung und der Hamburger Senat sind der HSH Nordbank in dieser Woche beigesprungen. Es war Nothilfe. Zu groß waren die Abschreibungen, die die Bank hat vornehmen müssen. Zu riskant waren die Geschäfte, die rund um den Erdball auf zahlreichen Geschäftsfeldern getätigt wurden. Und zu immens war offensichtlich der Wunsch nach einer möglichst hohen Rendite. Das hat unsere Hilfe nötig gemacht. Und wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Ich danke an dieser Stelle ganz ausdrücklich Rainer Wiegard! Umsichtig und klug steuerst Du durch die Turbu-

lenzen. Das verdient wirklich große Anerkennung. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion unter Führung von Johann Wadepul. Hier mussten in kurzer Zeit viele wichtige Entscheidungen für unser Land getroffen werden. Wir haben uns gemeinsam dieser Verantwortung gestellt.

Es geht für unser Land um sehr viel Geld: Zusammen mit Hamburg werden wir 3 Milliarden Euro an frischem Kapital und Garantien über weitere 10 Milliarden Euro geben. Wir haben alle Alternativen intensiv geprüft. Wir haben Sachverstand hinzugezogen. Und wir haben feststellen müssen: Jede andere Lösung wäre Schleswig-Holstein noch teurer zu stehen gekommen. Jede andere Lösung hätte harte Konsequenzen für die Kreditversorgung in der Region gehabt. Und jede andere Lösung hätte – und das nicht nur in der Finanzwirtschaft – Arbeitsplätze im Land gefährdet.

Wir handeln, weil wir Folgekosten im Rahmen halten wollen! Wir handeln, weil wir die Kreditversorgung für unsere Unternehmen sichern wollen! Wir handeln, weil wir Arbeitsplätze sichern wollen! Wir konnten die Bank nicht sich selbst überlassen. Denn der weitaus größte Teil der Risiken wurde bis 2005 unter Gewährträgerhaftung eingegangen. Das heißt: Wir hätten haften müssen. Bis zu 65 Milliarden Euro standen im Raum.

Wir wissen ganz genau, wer dafür politisch gerade stehen müsste: Wer hat denn die Entscheidungen getroffen, die der HSH-Nordbank für die Risikogeschäfte freien Lauf ließ? Wer hat denn bis 2005 für Schleswig-Holstein im Aufsichtsrat der Bank gesessen? Welche Parteien und welche Personen haben denn bis 2005 die Verantwortung getragen? Wir waren es nicht!

Meine Damen und Herren, wir konnten die Bank nicht sich selbst überlassen. Aber wir konnten auch nicht den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung ins Spiel bringen. Denn der sichert nicht die Risiken der Vergangenheit ab. Außerdem hat er klare Kriterien für die Übernahme: Eine ausreichende Eigenkapitalausstattung und ein tragfähiges Geschäftsmodell sind Voraussetzung. Wir haben daher aus Verantwortung für unser Land gehandelt. Wir sind eingesprungen, weil wir Vermögenswerte erhalten wollen! Wir sichern das Vermögen des Landes!

Da gilt mein Dank auch Hamburgs Ersten Bürgermeister, Ole von Beust, der mit uns immer auf einer Linie war. Gemeinsam haben wir das Heft des Handelns in die Hand genommen.

Rainer Wiegard hat es zum Ausdruck gebracht. Wir sind überzeugt: Mit dem neuen Geschäftsmodell, mit einer HSH Nordbank, die sich auf ihre regionalen Aufgaben besinnt und die sich auf ihre weltweiten Stärken konzentriert, die in der Schiffsfinanzierung, in der Luftfahrt und bei erneuerbaren Energien Spitze ist, kann die Bank in Zukunft wieder profitabel arbeiten. Das wird nicht jetzt auf gleich gehen. Deshalb haben wir Garantien gegeben: für 2009 und 2010.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass ich mich auch über Verantwortliche in der Bank geärgert habe. Erstens: 200 Millionen Euro an stille Teilhaber auszuschütten – uns aber nebenbei in einer ad-hoc-Meldung zu informieren – das geht nicht! Zweitens: Wir müssen uns Gedanken machen, ob das Streben nach kurzfristigem, maximalen Profit künftig so sehr belohnt werden darf, wie das bislang der Fall war. Auch das geht nicht! Warum sind wir denn in die Krise geraten? Auch weil bei den Bonuszahlungen für Banker Umsatz wichtiger war als Gewinn. Kein Wunder, dass Banken und Anleger oft falsch beraten waren! Drittens: Grundsätzlich ist klar: Wer sich unter den Schutzschirm des Staates rettet, der kann in der Spitze des Unternehmens nicht exorbitante Summen verdienen. Ich denke da konkret an eine Gehaltsobergrenze für Manager der Bank. Hier brauchen wir neue Maßstäbe! Das ist dringend angezeigt. Der Bürger hat ein Recht darauf! Nicht nur ich frage mich: Wie sieht denn die Leistungsbilanz aus? Und wie steht es mit der Höhe der Vergütung? Das wollen wir doch mal ins Verhältnis setzen! Und viertens: Ich will, dass die Verantwortlichen Rechenschaft ablegen! Die Verantwortlichen müssen ermittelt und Konsequenzen gezogen werden! Ich denke an die Vorstandsmitglieder, auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder und leitenden Manager!

Meine Damen und Herren, wer glaubt, das ist ein Fass ohne Boden – dem sage ich: Unsere Planungen sehen keine weitere Kapitalspritze des Landes vor. Aber niemand ist in der Lage, die weitere Entwicklung in der Welt vorherzusehen. Wenn die Weltwirtschaft zusammenbricht, werden wir über ganz andere Fragen als über weiteres Kapital für die HSH zu beraten haben.

Wenn wir den Blick weiten, auf den Bund und Deutschlands Wettbewerber blicken, dann müssen wir feststellen: Wir erleben bei den großen Wirtschaftsnationen wie Banken gerettet und landesweite Bad Banks gegründet werden. In den USA ist das der Fall, in Großbritannien laufen die Vorbereitungen für einen groß angelegten Ausfallschutz. Ich prophe-

zeie, dass wir in Deutschland nicht dahinter zurückfallen können. Hier wird wohl der Bund handeln müssen!

Meine Damen und Herren, auf unserem Land lastet ein Schuldenberg in Höhe von 23 Milliarden Euro. Zinszahlungen von über einer Milliarde Euro pro Haushaltsjahr schränken unsere Handlungsfähigkeit enorm ein. Es sind die Lasten der Vergangenheit, die uns die Gestaltung der Zukunft schwer machen. Wir müssen feststellen: So wie bisher kann es nicht weitergehen! Wir müssen und wir werden die Handlungsfähigkeit Schleswig-Holsteins erhalten!

Als die Föderalismus-Kommission II gestartet ist, haben wir große Hoffnungen in sie gesetzt. Denn sie sollte die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern neu ordnen. Rainer Wiegard und ich haben uns nach Kräften für eine faire und solidarische Lösung stark gemacht. Vor zwei Jahren hat die Kommission das erste Mal getagt. Seitdem ist viel passiert. Ich sage das offen und ehrlich: Noch im vergangenen Sommer hätte ich mir eine größere Unterstützung für Schleswig-Holstein erhofft. Aber seitdem strapaziert die Finanz- und Wirtschaftskrise die Haushalte von Bund und Ländern. Wir haben es in unzähligen Kommissionssitzungen erlebt: In dieser Ausnahmesituation ist die Bereitschaft des Bundes und der anderen Länder nicht gerade gewachsen, für Schleswig-Holstein Geld zur Verfügung zu stellen.

Das waren harte Auseinandersetzungen. Viele wollten uns raus haben aus dem Kreis der Empfänger. Sie haben in Abrede gestellt, dass wir das Geld bräuchten. Ich habe dagegen gehalten. Das Ergebnis ist bekannt. Wir erhalten Konsolidierungshilfen in Höhe von 720 Millionen Euro. Das sind ab 2011 80 Millionen Euro pro Jahr. Da machen wir keine Jubel sprünge. Ich bin der letzte, der darüber glücklich ist. Aber letztlich hilft es uns ein Stück weit auf unserem Weg, verantwortungsvoll Finanzpolitik zu machen. Und das ist doch unsere Kernkompetenz!

Lehnen wir dieses Angebot ab, verlieren wir nicht nur die 80 Millionen Euro pro Jahr. Nein. Dann zahlen wir in den Topf für die anderen finanzschwachen Länder ein! Das kommt uns doppelt teuer zu stehen!

Ich bin der festen Überzeugung: Wir können es uns nicht leisten, auf dieses Geld verzichten! Wir können es uns nicht leisten, weil wir Christdemokraten es ernst meinen mit der Haushaltskonsolidierung!

Und da sehe ich doch einen deutlichen Unterschied zu den Genossen. Wer dem SPD-Fraktionschef im Landtag zuhört, der weiß genau: Da gibt es null Interesse an soliden Finanzen! Aber das wissen wir nicht erst seit dieser Plenarwoche: Zu gut sind uns noch die 1,7 Milliarden Euro Neuverschuldung aus dem Wahljahr 2005 in Erinnerung! Das vergessen wir nicht! Wir wissen genau, wer dafür verantwortlich war! An dieser Einstellung hat sich bei der SPD nichts geändert. Sie haben nichts dazu gelernt. Deshalb lehnen sie auch die Schuldenbremse ab. Und machen Panik: wir könnten die Ziele sowie so nicht erreichen, sagen sie. Ich bin nicht bereit, unser Land so aufzugeben! Wer verantwortungsvoll handelt, kann eine Schuldenbremse nur begrüßen. Wir tun das. Denn wir wollen unser Land handlungsfähig halten! Wir wollen über unser Schicksal selbst entscheiden können!

Wir wollen nicht als Haushaltsnotlageland von Berlin aus gesteuert werden! Wir haben da offensichtlich einen anderen Anspruch als die Sozialdemokraten. Wir haben gezeigt, dass wir haushalten können. Wir haben die rot-grüne Rekordneuverschuldung abgebaut. Wir haben verfassungsgemäße Haushalte aufgestellt. Und wir hatten verfassungsgemäße Haushalte im Vollzug. So bekommt man wieder Boden unter die Füße! Das ist das Verdienst der CDU. Das ist unser Verdienst! Eine neue, strengere Schuldengrenze für Bund und Länder ist tatsächlich eine historische Entscheidung: Denn es ist der Ausstieg aus dem Schuldenstaat!

Meine Damen und Herren, ich habe in der Föderalismus-Kommission Verantwortung übernommen und die best mögliche Entscheidung für dieses Land getroffen. Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Wir standen nicht vor der Alternative Schuldenbremse ja oder nein. Wir standen vor der Alternative Schuldenbremse mit Konsolidierungshilfe oder Schuldenbremse ohne Konsolidierungshilfe! Da war die Entscheidung für mich klar. Sicher, wir haben unsere Forderung nach einem strikten Schuldenverbot immer an eine Bedingung geknüpft. Wir haben gesagt: Schuldenbegrenzung ja, aber nur in Kombination mit einer gerechten und solidarischen Regelung für Altschulden! Der von uns vorgeschlagene Altschuldenfonds hätte nichts auf die lange Bank geschoben. Er hätte auch nicht die Belastungen einseitig umverteilt. Er wäre eine gute Lösung gewesen. Aber mehrheitsfähig war er nicht. Und trotzdem sind wir durchgedrungen. Denn erst mit unserem Vorschlag für einen Altschuldenfonds ist die Diskussion um solidarische Hilfen überhaupt in Gang gekommen. Das haben wir erreicht!

Manch einer wird sich fragen: Schuldenbremse und HSH Nordbank – wie geht das zusammen? Ich habe es im schleswig-holsteinischen Landtag gesagt und sage es auch hier: Es mag widersprüchlich klingen. Aber beide Entscheidungen sind richtig. Zu beiden gibt es keine Alternative.

Ich will in diesem Zusammenhang eines klar sagen: Reden wir uns nicht schlechter als wir sind! In der Krise liegt da die größte Gefahr. Zeigen wir Zuversicht! Schleswig-Holstein ist ein starkes Land. Die Krise zeigt auf dem Arbeitsmarkt kaum Spuren. Wir haben im Vergleich zu allen anderen Ländern im Februar den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Der Bund hat gemeinsam mit den Ländern deshalb Konjunkturpakete geschnürt. Es ist eine Antwort der Politik auf die Finanzkrise und schlechte Konjunkturprognosen. Ich halte diese Antwort für eine passende Antwort und eine gute Antwort auf die vor uns liegende Herausforderungen.

Schleswig-Holstein wird 323 Millionen Euro aus dem Fonds erhalten. Dieser Betrag muss von Land und Kommunen mit 25 Prozent oder 107 Millionen Euro kofinanziert werden. Das sind in der Summe 430 Millionen Euro zusätzlich für Bildung und Infrastruktur. Das sind 430 Millionen Euro zusätzlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wohlstand im Land. Das sind vor allem 430 Millionen Euro zusätzlich, die nicht zum Fenster hinausgeworfen werden. Nein, sie sind gut angelegt. Sie werden uns auch mittel- und langfristige eine erhebliche Rendite einbringen. Uns ist wichtig, dass es jetzt schnell losgeht. Unbürokratisch muss das Programm anlaufen. Wir brauchen keine komplizierten Ausführungsbedingungen. Wir brauchen rasch anlaufende Maßnahmen! Mit ihnen investieren wir in unsere Stärken.

Vertrauen wir auf unsere Stärken! Und treffen die Entscheidungen für eine Zukunft, auf die wir vertrauen können! Das heißt: Führen in Verantwortung. Die CDU kann es!

Meine Damen und Herren, wir sind froh, dass wir erstklassiges Personal in der CDU haben. Es kann in Berlin ganz oben mitspielen. Wir sind auf allen politischen Ebenen hervorragend aufgestellt – in Europa, im Bund und im Land. Und wir werden heute Sorge tragen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir haben – und das sage ich mit Stolz - ein Spitzenteam für Berlin.

Mit Johann Wadehul haben wir für Platz 1 des Listenvorschlags eine Führungsfigur der schleswig-holsteinischen CDU gewinnen können. Es ist bedauerlich, dass er den Landtag

verlässt. Aber mit seiner langjährigen Erfahrung wird er schleswig-holsteinische Interessen in Berlin bestens vertreten.

Auf Platz 2 haben wir mit Ole Schröder unseren Pinneberger Kreisvorsitzenden, unseren erfolgreichen Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Landesgruppe im Bundestag gesetzt.

Mit der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Kieler Ratsversammlung Michaela Pries schicken wir eine engagierte Sozial- und Familienpolitikerin auf Platz 3 ins Rennen und senden zugleich ein Zeichen an die Landeshauptstadt.

In diesem Spitzenteam der CDU zur Bundestagswahl sind ferner Wolfgang Börnsen, kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; unser stellvertretender Landesgruppenchef Gero Storjohann; Anke Eymer aus der Hansestadt Lübeck; Ingbert Liebing, der Vorsitzende unserer Kommunalpolitischen Vereinigung; unser Gesundheitsexperte Rolf Koschorrek. Nach unseren bewährten Abgeordneten folgen Ingo Gädechens, der Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Ostholstein; Philipp Murmann für den Wahlkreis Plön / Neumünster und Norbert Brackmann für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd.

Damit schicken wir gute und politisch erfahrene Kandidaten ins Rennen. Das ist ein überzeugendes Angebot. Für einen erfolgreichen Wahlkampf brauchen wir Spitzenkandidaten. Und die haben wir.

Wir haben – das ist nicht zu bestreiten – ein Problem mit dem Frauenquorum auf den Plätzen 7 bis 9. Wir wissen das. Wir haben uns aber entschieden, die Direktkandidaten nach vorne zu setzen. Diejenigen, die mit großem Einsatz diesen Wahlkampf vor Ort führen müssen. Dafür freue ich mich umso mehr, dass wir so viele Frauen für die Liste zur Bundestagswahl insgesamt gewinnen konnten. Von 29 Kandidaten sind 13 Frauen. Ich finde, das ist ein tolles Zeichen.

Meine Damen und Herren, wir wollen eine bürgerliche Mehrheit in Bund und Land. Sicher haben wir ordentlich gearbeitet und Einiges erreicht. Aber wir wissen auch, ohne die SPD ginge Vieles besser. Viele dringend notwendige Reformen wurden noch nicht angepackt. Wir müssen den Hemmklotz am Wagen lösen und mit voller Fahrt vorausgehen. Heute stellen wir dafür die Weichen, damit wieder mehr für unser Land getan werden kann.

Am 15. März stellen die Kielerinnen und Kieler die Weichen, dass Angelika Volquartz ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Am 7. Juni werden wir mit unserem Spitzenkandidaten Reimer Böge wieder den besten Mann nach Europa schicken.

Lassen Sie uns deshalb heute ein Signal der Geschlossenheit senden. Wir haben ein Spitzenteam – darauf können wir stolz sein.

Herzlichen Dank.